



+++ Ausschreibung +++

Deutscher Bürgerpreis 2013

Über 23 Millionen Menschen engagieren sich in Deutschland ehrenamtlich.

Die Initiative „für mich. für uns. für alle“ – ein Bündnis aus Bundestagsabgeordneten, den Sparkassen, Städten, Landkreisen und Gemeinden Deutschlands – möchte das würdigen und vergibt jährlich den größten bundesweiten Ehrenamtspreis: den Deutschen Bürgerpreis.

Noch bis zum 30. Juni können sich engagierte Personen, Projekte und Unternehmer um diese Auszeichnung bewerben. Dieses Jahr steht der Wettbewerb unter dem Motto "Engagiert vor Ort. mitreden, mitmachen, mitgestalten!"

Informationen und Bewerbungsunterlagen zum Deutschen Bürgerpreis gibt es unter www.deutscher-buergerpreis.de.

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

23. April 2013

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

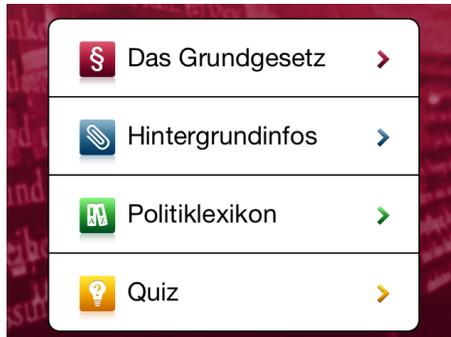
heute möchte ich das Vorwort für eine Bitte in eigener Sache verwenden: **Am 22. September dieses Jahres sind Bundestagswahlen.** Die Parteien rüsten sich, meine Partei hat mich wieder nominiert für das Direktmandat im WK 186 und auf der Landesliste auf Platz 4 platziert. Ich trete damit nach 2005 und 2009 zum dritten Mal an – mit dem erklärten **Ziel, wieder das Direktmandat zu gewinnen.** Dafür planen wir derzeit den Sommer: Es gibt drei Fahrten aus dem Wahlkreis nach Berlin (die alle bereits ausgebucht sind, aber für das nächste Jahr können Sie sich gerne anmelden!), eine – ebenfalls ausgebuchte – Fahrt nach Luxemburg und vom 11. bis 15. August fünf Wandertage im Wahlkreis. Ich würde mich freuen, wenn sie Lust hätten, mitzukommen! Wenn die Wanderungen näher rücken, gibt es weitere Informationen.

Diese kleinen Reisen und Ausflüge sind natürlich nicht alles – weitere Veranstaltungen, Bürgerprechstunden und Diskussionsveranstaltungen sind geplant. Seit 2009 habe ich mehr als 30 eigene Veranstaltungen organisiert, an weit über 300 Veranstaltungen anderer teilgenommen und mitdiskutiert, ca. 60 offene Bürgersprechstunden angeboten, mich bei zahlreichen Terminen persönlich um Ihre Anliegen gekümmert und zahllose Schul- und Firmenbesuche in Darmstadt und dem Landkreis absolviert. Sie sehen: So groß ist der Unterschied zwischen Alltag und Wahlkampf nun auch wieder nicht!

Finanziell allerdings ist so ein Wahlkampf nicht ganz leicht zu stemmen. Für Plakate, Flyer und Veranstaltungen brauchen wir Geld. Ein Beispiel: Ein Plakat kostet ca. 6 Euro – Sie können sich ausrechnen, was da zusammenkommt... Jedenfalls freut sich die SPD und freue ich mich über jede Spende, die hilft, einen engagierten Wahlkampf zu führen und im September das Direktmandat zu erringen! Das Spendenkonto lautet: **SPD, Kto.-Nr.: 650 250, BLZ: 508 501 50, Sparkasse Darmstadt.**

Herzliche Grüße aus Berlin!

Euse / Ihre Brigitte Zypries



Smartphone-Apps von der bpb

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist bekannt für interessante Bücher und Broschüren rund um Politik, Gesellschaft und Geschichte. Doch zum Angebot gehören nun zunehmend auch Smartphone-Apps wie zum Beispiel der „Wahl-O-Mat“ oder die „Mauer-App“.

Die App der bpb heißt „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ und beinhaltet, neben dem Grundgesetz an sich, wissenswerte Hintergrundinformationen sowie ein kniffliges Quiz. Im Politiklexikon können darüber hinaus Fachbegriffe von „Abgeordnete“ bis „Zuwanderung“ nachgeschlagen werden.

Die App gibt es kostenlos für alle iOS Geräte. Eine Version für das Android Betriebssystem soll bald folgen.

Mehr zu den bpb-Apps finden Sie unter:

<http://www.bpb.de/shop/multimedia/mobil/>

Deutschland braucht einen starken Mittelstand – und die richtige Politik dafür!

Deutschland ist dank seines starken Mittelstands bisher gut durch die Finanzkrise gekommen. Nichtsdestotrotz belastet die Situation im Euro-Raum natürlich auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen bei uns, denn der Export der mittelständischen Wirtschaft geht zu 60 % in europäische Nachbarländer. Und wenn man genau hinsieht, kann man auch Warnsignale erkennen: Zum Beispiel ging 2011 – das wirtschaftlich gesehen eigentlich insgesamt ein gutes Jahr gewesen ist – die Zahl der Firmengründungen im Vergleich zum Vorjahr um 11 Prozent zurück.

Am Donnerstag beginnt die Plenarsitzung mit einer 90-minütigen Debatte zum Mittelstand. Anlass ist eine Große Anfrage der SPD zur **Situation des Mittelstandes in Deutschland**, die wir schon im Mai 2012 an die Bundesregierung gerichtet hatten. Wir wollten unter anderem wissen, wie sich die Anzahl der kleinen und mittelständischen Unternehmen in den letzten Jahren entwickelt hat und wie viele Menschen sie beschäftigen, wie groß der Anteil der Familienunternehmen ist, wie die Altersstrukturen in den Betrieben aussehen, wir haben Fragen zu Fachkräftemangel, Nachwuchsqualifizierung und Existenzgründungen gestellt und Themen von Bürokratieabbau bis Rohstoffpreise in den Blick genommen. Alle Fragen und Antworten können Sie [hier](#) nachlesen.

Dass mir der Mittelstand am Herzen liegt, hat auch ganz konkrete Gründe: Wussten Sie, dass mehr als 99 % der hessischen Unternehmen dem Mittelstand angehören? Ohne die kleinen und mittleren Unternehmen sähe es bei uns in der Region in Bezug auf Ausbildungs- und Arbeitsplätze ziemlich düster aus. Die Unternehmen sind regional verwurzelt, kennen sich aus, sind flexibel und hochqualifiziert. Als nicht zu unterschätzender Erfolgsfaktor kommt hinzu, dass in Familienbetrieben Geschäftsführung und Eigentum in einer Hand liegen – ein zusätzlicher Antrieb für vernünftiges und nachhaltiges Wirtschaften.

Fachkräftemangel ist eins der drängendsten Probleme für den Mittelstand, gerade in ländlichen Regionen. Deshalb will die SPD die Kinderbetreuung ausbauen, alles daran setzen, die Schulabbrecherquoten zu senken, ausländische Fachkräfte besser integrieren, lebenslange Weiterqualifizierung unterstützen, ein Recht auf Ausbildung schaffen, die duale Ausbildung, die sich so bewährt hat, zum europäischen Standard machen, das Betreuungsgeld wieder abschaffen und vieles mehr. **Schließlich muss auch die Politik nachhaltig handeln! Und das bedeutet, die besonderen Stärken und die Bedürfnisse der mittelständischen Wirtschaft im Auge zu behalten.**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

Abbildungen:
 S. 2: *bpb*
 S. 3: *Roman Laas*

Wir brauchen stärkeren Verbraucherschutz bei Finanzprodukten

Keine unbekannte Situation: Man sitzt in einem Beratungsgespräch bei der Bank und weiß nicht recht, zu wessen Vorteil eine Anlageform oder eine Versicherung denn nun wirklich abgeschlossen werden soll... Schließlich will die Bank uns genau das verkaufen, was sie gerade im Angebot hat – die Nachfrage wird dann passend gemacht. Wenn man sich aber außerhalb der Bank nach Rat umsieht, muss man feststellen, dass die **Beratung auch nicht gerade unabhängig ist – meistens arbeiten die Vermittler auf Provisionsbasis**. Viele Anleger glauben irrtümlich, die Provisionsberatung sei kostenlos. Dabei sind die versteckten Kosten bei der Provisionsvermittlung teils enorm und die Höhe der **Provision ist für den Berater oft ausschlaggebender als der Bedarf des Anlegers**. Wir finden, das **Angebot provisionsunabhängiger Beratung muss ausgebaut werden**. Deshalb fordern wir die Bundesregierung in unserem [Antrag](#), der Donnerstagabend diskutiert wird, dazu auf, ein **Berufsbild für unabhängige Berater zu schaffen**. Solche unabhängigen Berater arbeiten auf Honorarbasis – sie erhalten die Bezahlung also ausschließlich für die Beratung, nicht für den Verkauf. Sie dürfen keine Provisionen oder Zuwendungen von Dritten erhalten und sollen von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht beaufsichtigt werden. Wir wollen auch, dass Verbraucherzentralen unlautere Vertriebspraktiken systematisch erfassen und an die Finanzaufsicht melden.

Peer Steinbrück sagt zu Recht: Steueroasen sind Gerechtigkeitswüsten!

Seit Monaten führen wir – gegen den Widerstand der Koalition – die **Auseinandersetzung über Steuergerechtigkeit in Deutschland**. SPD und Grüne haben im Bundesrat ein Steuerabkommen von Merkel und Schäuble mit der Schweiz zu Fall gebracht, das die Aufklärung und die Strafverfolgung von Steuerhinterziehung vereitelt hätte. **Wenn das Abkommen durchgesetzt worden wäre, wäre der Fall Hoeneß gar nicht bekannt geworden**. Er – und mit ihm alle, die ihr Geld in der Schweiz versteckt haben – wären anonym geblieben. Die SPD-Bundestagsfraktion wird noch vor der Sommerpause einen 8-Punkte-Plan zur Bekämpfung von Steuerbetrug in den Deutschen Bundestag einbringen. Wir wollen organisierten Steuerbetrug entschieden bekämpfen.

Steuerehrlichkeit und Steuergerechtigkeit bedeuten sehr viel mehr als nur Staatseinnahmen in Euro und Cent. Wir dürfen es nicht dulden, dass sich einige Privilegierte auf Kosten aller anderen Steuerpflichtigen rauskaufen können. Deswegen ist es auch richtig, den Druck auf die Steuerhinterzieher aufrecht zu halten, z. B. durch den Ankauf von Steuer-CDs, so wie es Rheinland-Pfalz in der letzten Woche wieder getan hat. Denn **Steuerhinterziehung verletzt die Solidarität in der Gesellschaft und untergräbt die Fundamente des Rechtsstaates**.